

**TOP:** 17**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

**Federführendes Amt** :Kämmerei

Datum

22.11.2019

Drucksache-Nr.:01-124-2019

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Finanzausschuss	06.08.2019	Beratung				
OBR Beetz	26.08.2019	Beratung				
OBR Flatow	19.08.2019	Beratung				
OBR Groß-Ziethen	08.08.2019	Beratung				
OBR Hohenbruch	20.08.2019	Beratung				
OBR Kremen	12.08.2019	Beratung				
OBR Sommerfeld	12.08.2019	Beratung				
OBR Staffelde	21.08.2019	Beratung				
BUWA	22.10.2019	Empfehlung Investitionen				
KSA	24.09.2019	Empfehlung des Teiles Soziales,Bildung, Jugend und Sport				
Finanzausschuss	12.11.2019	Empfehlung				
Stadtverordnetenversammlung	12.12.2019					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Haushaltssatzung der Stadt Kremen für das Jahr 2020 mit den dazugehörigen Anlagen**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt die in der Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kremen für das Haushaltsjahr 2020 mit den dazugehörenden Anlagen.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Vorlage.....	Abweichende Vorlage	

eingbracht durch :Bürgermeister  
 Bearbeiter :Herr A. Bröker

.....  
 Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

**Problembeschreibung/Begründung**

Gemäß § 65 BbgKVerf hat die Gemeinde für das Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Der Erlass der Haushaltssatzung fällt in die ausschließliche Zuständigkeit der Vertretungskörperschaft (§ 28 Abs. 2 Nr. 15 BbgKVerf).

gez. A. Bröker  
Kämmerer

.....

.....

## Haushaltssatzung der Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 67 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg wird nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2019 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem Gesamtbetrag der

ordentlichen Erträge auf	17.731.300 EUR
ordentlichen Aufwendungen auf	17.670.600 EUR
außerordentlichen Erträge auf	140.000 EUR
außerordentlichen Aufwendungen auf	53.000 EUR

2. im **Finanzhaushalt** mit dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen auf	18.786.500 EUR
Auszahlungen auf	18.667.000 EUR

festgesetzt.

Von den Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushaltes entfallen auf:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	16.001.600 EUR
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	15.035.700 EUR
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	1.584.900 EUR
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.228.100 EUR
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.200.000 EUR
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	403.200 EUR
Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0 EUR
Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0 EUR

### § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 1.200.000 EUR festgesetzt.

### § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

### § 4

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

- |    |   |           |
|----|---|-----------|
| 1. | Grundsteuer   |           |
|    | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 240 v. H. |
|    | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | 360 v. H. |
| 2. | Gewerbesteuer   | 315 v. H. |

### § 5

1. Die Wertgrenze, ab der außerordentliche Erträge und Aufwendungen als für die Gemeinde von wesentlicher Bedeutung angesehen werden, wird auf 50.000 EUR festgesetzt.
2. Die Wertgrenze, für die insgesamt erforderlichen Auszahlungen, ab der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Finanzhaushalt einzeln dazustellen sind, wird auf 20.000 EUR festgesetzt.
3. Die Wertgrenze, ab der überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen der vorherigen Zustimmung der Gemeindevertretung bedürfen, wird auf 25.000 EUR festgesetzt.
4. Die Wertgrenzen, ab der eine Nachtragssatzung zu erlassen ist, werden bei:
  - a) der Entstehung eines Fehlbetrages auf 500.000 EUR und
  - b) bei bisher nicht veranschlagten oder zusätzlichen Einzelaufwendungen oder Einzelauszahlungen auf 500.000 EUR festgesetzt.

### § 6

Entfällt

### § 7

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.000.000 EUR festgesetzt.

Kremen, den 12.12.2019

-----  
Bürgermeister